

„Keine Alternative für Deutschland!“

Zu den politischen Hintergründen der „Alternative für Deutschland“ (AfD)



edition assemblage, Taschenbuch
Reihe Antifaschistische Politik [RAP],
Band 9, ca. 96 Seiten, 9,80 Euro
ISBN 978-3-942885-49-2
www.edition-assemblage.de

Scheinbar aus dem Nichts entstanden, sorgt die AfD als neue rechte Partei für Schlagzeilen. Mit ihrem dürftigen Wahlprogramm tritt sie nach außen als Einpunktbewegung gegen die Euro-Politik der Bundesregierung an. Tatsächlich ist die AfD aber lange vor den Debatten um 'Europäische Schutzschirme' geplant worden. Deren Volkswirtschaftsprofessoren hatten bereits 2005 nach den Hartz-IV-Gesetzen weitere Einschnitte ins soziale Netz gefordert. Auch in der Bildungs-, Familien- und Einwanderungspolitik scheint die AfD sozial ausgrenzende Positionen zu beziehen. Zusammen mit dem rechtskonservativen Netzwerk Zivile Koalition/Bürger Konvent fordern sie unternehmergerechte „Reformen der politischen Entscheidungsstruktur“. Während Vertreter der AfD vor kurzem noch die Abschaffung des Wahlrechts für Arbeitslose oder gleich des ganzen Parlamentes forderten, sehen sie aktuell in der 'Direkten Demokratie' eine elegantere Möglichkeit, sozialelektive Demokratie umzusetzen.

Der Referent Andreas Kemper ist Autor eines aktuellen Buches zur AfD (Rechte Euro-Rebellion) und forscht und publiziert zu den Themen Klassen-diskriminierung, organisierter Antifeminismus und Sarrazin. Über die Entstehungsgeschichte und die politischen Forderungen der AfD sowie den Umgang damit kann nach dem Vortrag diskutiert werden.

Mittwoch, 18. September 2013

19.30 Uhr, ver.di-Haus

Universitätsstraße 76

VeranstalterInnen:

Bochumer Bündnis gegen Rechts

Soziale Liste Bochum

ver.di Bochum-Herne

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten Bochum

Hinweis: Die Veranstalter behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die extrem rechten Parteien oder Organisationen angehören, der extrem rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige Menschen verachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.